



GESELLSCHAFT
FÜR BEDROHTE
VÖLKER



Ich bleibe hier, bis ich eine Antwort bekomme!

PROTESTE TAMILISCHER FAMILIENANGEHÖRIGER VON GEWALTSAM VERSCHWUNDENEN

Kurzbericht der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV), August 2017

Einleitung

Sri Lanka hat einen 26 Jahre langen und bitteren Bürgerkrieg erlebt. Der Kampf für einen eigenen tamilischen Staat im Norden und Osten der Insel wurde 2009 brutal von sri-lankischen Regierungstruppen niedergeschlagen. Zehntausende Menschen sind im Krieg gestorben und Millionen wurden vertrieben.¹ Beide Seiten werden beschuldigt, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen begangen zu haben.² Im Januar 2015 verlor der amtierende Präsident Mahinda Rajapaksa, der das Land in einem autoritären Stil mit einer alarmierenden Menschenrechtssituation anführte, die Wahl gegen Maithripala Sirisena.³ Obwohl der neue Präsident mit der autoritären und repressiven Praxis der vorangegangenen Regierung gebrochen hat, verbesserte sich die Menschenrechtssituation nicht signifikant. Folter und Misshandlungen von Gefangenen, willkürliche Verhaftungen und Festnahmen, Überwachung und Einschüchterung der Zivilgesellschaft und von Journalist*innen sind nach wie vor in Sri Lanka weit verbreitet.⁴

Die neue Regierung scheint entgegen diverser Zusicherungen an die internationale Gemeinschaft den Versöhnungs- und Wahrheitsfindungsprozess, um Gerechtigkeit für die unzähligen Opfer des Bürgerkrieges herzustellen, nicht zu priorisieren.⁵ Gerade bei der Untersuchung der Fälle von gewaltsam Verschwundenen⁶ hat sie kaum Fortschritte erzielt. Dies, obwohl Sri Lanka im weltweiten Vergleich eine der höchsten Raten an gewaltsam Verschwundenen vorweist.⁷ So sind,

¹ Vgl. <https://www.theguardian.com/world/2014/mar/27/un-step-sri-lanka-war-crimes-inquiry> (15.08.2017).

² Vgl. Human Rights Council (HRC) 2015: Report of the OHCHR Investigation on Sri Lanka (OISL) (zu finden auf: <http://www.ohchr.org/EN/HRBodies/HRC/Pages/OISL.aspx> (08.08.2017)).

³ Vgl. <https://www.news.lk/news/sri-lanka/item/5620-presidential-election-2015-final-results> (15.08.2017).

⁴ Vgl. The International Truth & Justice Project Sri Lanka (ITJPSL) 2017: Unstopped: 2016/17 Torture in Sri Lanka / Oakland Institute 2016: Waiting to Return Home: Continued Plight of the IDPs in Post-War Sri Lanka / Society for Threatened Peoples (STP) 2016: Under Military's Shadow / HRC 2017: Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights on Sri Lanka / HRC 2017: Report of the Special Rapporteur on Torture and Other Cruel, Inhuman or Degrading Treatment or Punishment on his Mission to Sri Lanka / International Crisis Group (ICG) 2017: Sri Lanka's Conflict-Affected Women: Dealing with the Legacy of War.

⁵ Vgl. HRC 2017: Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights on Sri Lanka / HRC 2017: Report of the Special Rapporteur on the Independence of Judges and Lawyers on her Mission to Sri Lanka.

⁶ Gewaltames Verschwindenlassen wird im Internationalen Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen der Vereinten Nationen von 2006 folgendermassen definiert: „Im Sinne dieses Übereinkommens bedeutet „Verschwindenlassen“ die Festnahme, den Entzug der Freiheit, die Entführung oder jede andere Form der Freiheitsberaubung durch Bedienstete des Staates oder durch Personen oder Personengruppen, die mit Ermächtigung, Unterstützung oder Duldung des Staates handeln, gefolgt von der Weigerung, diese Freiheitsberaubung anzuerkennen, oder der Verschleierung des Schicksals oder des Verbleibs der verschwundenen Person, wodurch sie dem Schutz des Gesetzes entzogen wird.“ (siehe: <http://www.ohchr.org/EN/HRBodies/CED/Pages/ConventionCED.aspx> (19.08.2017)).

⁷ Vgl. HRC 2015: Report of the Working Group on Enforced or Involuntary Disappearances.

Schätzungen zufolge, seit 1980 bis in die jüngsten Jahre ungefähr 100'000 Personen gewaltsam verschwunden.⁸ Aus Wut über die Untätigkeit des Staates protestieren seit diesem Frühling tamilische Frauen an mehreren Orten im Norden und Osten Sri Lankas auf der Strasse und verlangen Gerechtigkeit, Wahrheit und Wiedergutmachung.⁹ Die zunehmende Enttäuschung der Bevölkerung bezüglich der nicht erfüllten Hoffnungen an die neue Regierung nimmt die GfbV zum Anlass, die Problematik bezüglich der gewaltsam Verschwundenen zu analysieren und dem Anliegen der Betroffenen international mehr Geltung zu geben.

Ziel des Berichts

Ziel des vorliegenden Berichts ist es, die Gründe für die anhaltenden Proteste und die bisherigen Reaktionen der Regierung darauf darzulegen. Die Aussagen basieren sowohl auf persönlichen Interviews mit Betroffenen in Sri Lanka als auch auf einer Desk Research. Die GfbV möchte die aufgeführten Schicksale nicht einfach als individuelle Tragödien deuten, denn sie sind Zeugnisse der in Sri Lanka noch immer bestehenden Kultur der Straflosigkeit. Zum Schutz der Informant*innen werden nachfolgend die Personen anonymisiert.¹⁰

⁸ Vgl. Amnesty International (AI) 2017: Only Justice Can Heal Our Wounds. Listening to the Demands of Families of the Disappeared in Sri Lanka.

⁹ Proteste finden in Killinochchi, Vavuniya, Mullaithivu, Trincomalee und Maruthankerny statt.

¹⁰ Die Namen sind der GfbV bekannt.

Gewaltsames Verschwinden in Sri Lanka: Eine lange Tradition

In Sri Lanka hat das gewaltsame Verschwindenlassen von Regierungskritiker*innen schon lange Tradition. In den 70er und 80er Jahren wurden mindestens 30'000, möglicherweise bis zu 60'000 singhalesische Student*innen in Regierungsoffensiven gegen die national-marxistische, kommunistische Partei Janatha Vimukthi Peramuna (JVP) entweder Opfer von Entführungen oder getötet.¹¹ Während des langwierigen Bürgerkriegs zwischen dem sri-lankischen Militär und der „Liberation Tigers of Tamil Eelam“ (LTTE) verschwanden mehrheitlich Tamil*innen mit tatsächlichen oder vermuteten Verbindungen zur LTTE gewaltsam, zuweilen aber auch singhalesische und muslimische Regimekritiker*innen.¹² Dabei deutet die überwältigende Mehrheit der dokumentierten Fälle auf eine direkte Beteiligung staatlicher Sicherheitskräfte hin – Armee, Kriegsmarine oder Polizei.¹³ Gerade auch von Personen, welche sich bei Kriegsende dem sri-lankischen Militär ergeben haben, fehlt jede Spur. So ist seit Kriegsende das Schicksal von 146 679 Personen ungeklärt.¹⁴

Die Praxis des gewaltsamen Verschwindenlassens fand jedoch auch mit offiziellem Kriegsende keinen Abschluss. Die GfbV vermutet, dass es bis heute als politisches Instrument genutzt wird.¹⁵ Unter der allgemeinen Repression, massgeblich unter dem Regime des ehemaligen Präsidenten Mahinda Rajapaksa, verschwanden unzählige politische Gegner*innen, aber auch Menschenrechtsaktivist*innen, NGO-Mitarbeitende, Journalist*innen und gar Zivilist*innen.¹⁶ Bis zum Regierungswechsel 2015 waren Entführungen mit weissen Lieferwagen ohne Kennzeichen so weit verbreitet, dass es sogar zu einer eigenen Wortschöpfung führte: White-Vanning.¹⁷ Obwohl es unter Präsident Sirisena zu punktuellen Ver-

¹¹ Vgl. AI 1990: Sri Lanka: Extrajudicial Executions, 'Disappearances' and Torture, 1987 to 1990 / Feisal Samath 2001: Sri Lanka, New Rulers Have Bloody Past (zu finden auf: <http://www.infolanka.com/ubb/Forum1/HTML/005444.html> (08.08.2017)).

¹² Vgl. HRC 2015: Report of the OHCHR Investigation on Sri Lanka (OISL).

¹³ Vgl. HRC 2015: Report of the OHCHR Investigation on Sri Lanka (OISL) / Human Rights Watch (HRW) 2008: Nightmare: State Responsibility for 'Disappearances' and Abductions in Sri Lanka / AI 2017: Only Justice Can Heal Our Wounds. Listening to the Demands of Families of the Disappeared in Sri Lanka.

¹⁴ Vgl. Diocese of Mannar 2011: Submission by the Catholic Diocese of Mannar to the Lessons Learnt and Reconciliation Commission.

¹⁵ Vgl. ITJPSL 2017: Unstopped: State Torture & Sexual Violence in 2016/17.

¹⁶ Vgl. HRC 2015: Report of the OHCHR Investigation on Sri Lanka (OISL).

¹⁷ Vgl. <https://www.nzz.ch/international/asien-und-pazifik/vergangenheitsbewaeltigung-in-sri-lanka-ein-schrittchen-hin-zur-aussoehnung-ld.110748> (21.08.2017).

besserungen im Bereich der Menschenrechte gekommen ist, existieren noch immer zahlreiche Berichte von Entführungen.¹⁸ Die Direktorin des „International Truth and Justice Project“, Yasmin Sooka, kommentiert diesbezüglich, dass „es kaum verwunderlich ist, dass White-Van-Entführungen in Sri Lanka andauern. Die Verantwortlichen für im vorherigen System begangene Verbrechen wurden von dieser Regierung gefördert und belohnt, was die Täter*innen abermals bestärkt hat, dass sie niemals zur Rechenschaft gezogen werden.“¹⁹ Zudem ist das drakonische Terrorismuspräventionsgesetz (Prevention of Terrorism Act, PTA), welches als Motor für gewaltsames Verschwindenlassen angesehen wird, weiterhin in Kraft.²⁰ Ein Entwurf eines Gesetzes, welches das PTA ersetzen soll, lässt Befürchtungen aufkommen, dass auch dieses Gesetz gewaltsames Verschwindenlassen ermöglichen wird.²¹

Reaktionen des Staates auf gewaltsames Verschwinden

Im August 2016 verabschiedete das Parlament ein Gesetz zur Einführung eines Büros für vermisste Personen („Office for Missing Persons“, OMP), das sich der Aufarbeitung der Fälle von gewaltsam Verschwundenen in Sri Lanka annehmen soll.²² Das OMP ist die neuste einer langen Reihe inländischer Kommissionen, die seit 1991 zur Aufklärung der Fälle gewaltsam Verschwundener errichtet wurden.²³ Bislang sind alle gescheitert, Fälle vermisster Personen systematisch aufzuklären, Verantwortliche zu Rechenschaft zu ziehen und betroffenen Personen das Recht auf Wahrheit und Wiedergutmachung zu gewährleisten. So richtete die Regierung unter Präsident Rajapaksa im Jahr 2013 auf externen und internen Druck hin die Kommission zur Untersuchung der Fälle entführter und verschwun-

¹⁸ Vgl. HRC 2017: Report of the Office of the United Nations High Commissioner for Human Rights on Sri Lanka.

¹⁹ Vgl.: <http://www.tamilguardian.com/content/torture-tamils-sri-lanka-continues-2017-itjp> (10.08.2017).

²⁰ Das 1979 in Kraft getretene Terrorismuspräventionsgesetz (PTA) trägt insofern zur Praxis des gewaltsamen Verschwindenlassens bei, da es erlaubt, verdächtige Personen ohne Haftbefehl festzunehmen und anschließend ohne Anklage oder Gerichtsverfahren über längere Zeiträume zu inhaftieren. Das PTA erlaubt ausserdem geheime Inhaftierungen ohne Kontakt zu Familienangehörigen und einem Anwalt. (Vgl. HRC 2015: Report of the OHCHR Investigation on Sri Lanka (OISL)).

²¹ Vgl. <http://www.thehindu.com/news/international/Draft-of-new-counter-terror-law-triggers-old-fears-in-Sri-Lanka/article16082401.ece> (19.08.2017).

²² Vgl. <http://www.tamilguardian.com/content/president-sirisena-must-not-delay-upholding-his-promises-protesting-families-disappeared-any> (08.08.2017).

²³ Vgl. AI 2009: Twenty Years of Make Believe. Sri Lanka's Commissions of Inquiry.

dener Personen ein (Presidential Commission of Inquiry into Complaints of Abductions and Disappearances), auch bekannt als Paranagama Kommission.²⁴ Die Kommission erzielte bis zu ihrer Auflösung im Jahr 2016 weder wirkliche Fortschritte bei der Aufklärung eingegebener Beschwerden noch bei der strafrechtlichen Verfolgung der Täter*innen. Vielmehr wurden ihr strukturelle Mängel angesichts mangelnder Unabhängigkeit, Nichtkonsultation von unabhängigen, internationalen Expert*innen und Vertreter*innen von Familien gewaltsam Verschwundener, Einschüchterung von Zeug*innen und mangelndes Interesse, gründliche Untersuchungen durchzuführen, vorgeworfen.²⁵ Trotz dieser Bedenken sagten mehrere Tausend Angehörige vor der Kommission aus. Die Paranagama Kommission allein verzeichnete 24'000 Eingaben²⁶, das „Office for National Unity and Reconciliation“ (ONUR) seit 1994 über 65'000.²⁷ Weitere 16'000 Beschwerden erfasste das Internationale Komitee des Roten Kreuzes (IKRK).²⁸

Im Mai 2016 hat Sri Lanka das Internationale Übereinkommen zum Schutz aller Personen vor dem Verschwindenlassen ratifiziert und im August 2016 im Parlament das Gesetz zur Einrichtung des OMP verabschiedet.²⁹ Bis im August 2017 sind trotz der Ratifizierung keine gesetzlichen Bestimmungen erlassen worden, die das gewaltsame Verschwindenlassen im nationalen Recht als Straftatbestand definieren würden.³⁰ Die Einrichtung des OMP hat sich derweil ebenfalls verzögert. Erst am 20. Juli 2017, beinahe ein Jahr nach der Verabschiedung im Parlament, unterschrieb Präsident Sirisena das Gesetz zu dessen Einrichtung.³¹ Das

²⁴ Vgl. AI 2017: Only Justice Can Heal Our Wounds. Listening to the Demands of Families of the Disappeared in Sri Lanka.

²⁵ Vgl. Center for Policy Alternative (CPA) 2014: The Presidential Commission to Investigate into Complaints Regarding Missing Persons. Trends, Practices and Implications. A Critique.

²⁶ Vgl. <https://www.srilankacampaign.org/paranagama-commission-done-great-damage-now-damage-must-repaired/> (14.08.2017).

²⁷ Vgl. <http://in.reuters.com/article/sri-lanka-rights-idINKCNOYU277> (14.08.2017).

²⁸ Vgl. International Committee of the Red Cross (ICRC) 2016: Living with Uncertainty.

²⁹ Vgl. Adayaalam Centre for Policy (ACPR) 2017: Issue Brief No. 2. Families of the Disappeared and the OMP: Is there a Path Forward? (zu finden auf: <http://www.adayaalam.org/2017/05/09/issue-brief-no-2-families-of-the-disappeared-and-the-omp-is-there-a-path-forward/> (07.08.2017)).

³⁰ Um die UN-Konvention im nationalen Gesetz zu verankern, hat die Regierung den Gesetzentwurf „International Convention for the Protection of All Persons from Enforced Disappearance Bill“ dem Parlament am 9. Februar 2017 vorgelegt. Der gesetzliche Erlass dieses neuen Gesetzes ist jedoch noch ausstehend. Vgl. CPA 2017: Basic Guide to the International Convention for the Protection of All Persons from Enforced Disappearance.

³¹ Vgl. <http://www.ft.lk/article/630214/Www.aquavista.lk> (14.08.2017).



Gesetz wurde ohne Konsultation von Betroffenen Familien und Zivilgesellschaft erarbeitet. Ruki Fernando, ein sri-lankischer Menschenrechtsaktivist, betont daher, dass „der Informationsmangel über das OMP bedeutsame Konsultationen, Falleingaben und ultimativ Vertrauen in das OMP ernsthaft hindert.“³²

Zusätzlich lassen auch verschiedene Aussagen von Regierungsvertretern das Vertrauen in eine bevorstehende, ernsthafte Auseinandersetzung mit allen Fällen von Gewaltsam Verschwundenen schwinden. So bestritt unter anderem Premierminister Ranil Wickremesinghe die Existenz geheimer Haftanstalten und erklärte, dass alle vermissten Personen entweder tot oder im Ausland seien.³³ Der ehemalige Aussenminister Mangala Samaraweera bestätigte diese Aussage Wickremesinghes und behauptete, dass sich vermisste Personen mit Verbindungen zur LTTE in der letzten Phase des Bürgerkrieges illegal ins Ausland abgesetzt hätten.³⁴ Auch der tamilische Minister für den nationalen Dialog und Sprachen, Mano Ganesan, meint, dass gemäss seinem Verständnis alle vermissten Personen tot seien und es ihn überraschen würde, wenn geheime Haftanstalten existieren würden.³⁵ Seit mehr als 30 Jahren scheitert die Regierung Sri Lankas, strafrechtliche Ermittlungen bei Beschwerden durchzuführen, den Verbleib und die Schicksale vermisster Personen zu ermitteln und Zeug*innen und Angehörige angemessen zu schützen.³⁶

³² Vgl. http://www.huffingtonpost.com/taylor-dibbert/examining-sri-lankas-offi_b_10148336.html (10.08.2017).

³³ Vgl. <http://www.ceylonews.com/2016/01/large-number-of-sri-lanka-missing-are-dead-ranil/> (07.08.2017) / <http://www.tamilguardian.com/content/missing-have-%E2%80%98left-country-illegally%E2%80%99-claims-sri-lankan-pm> (07.08.2017).

³⁴ Vgl. <http://www.tamilguardian.com/content/missing-ltte-cadres-are-abroad-claims-foreign-minister> (07.08.2017).

³⁵ Vgl. <https://www.usnews.com/news/best-countries/articles/2017-05-18/on-the-8-year-anniversary-of-civil-wars-end-sri-lankas-political-fate-looks-grim> (10.08.2017).

³⁶ Vgl. AI 2017: Only Justice Can Heal Our Wounds. Listening to the Demands of Families of the Disappeared in Sri Lanka.

Zeugnis ablegen: Fallbeispiele

Fall A: „Meine Tochter lebt noch!“

Weiblich, gewaltsam Verschwunden am 4. März 2009 mit 17 Jahren

A. war mit ihrer Mutter, wie Tausende Andere, zu Fuss von der Kriegszone in Mullivaikkal im Norden Sri Lankas nach Matale in der Zentralprovinz unterwegs. Auf dem Weg wurden Hunderte Kinder von unbekanntem, uniformierten Personen in Lastwagen gesteckt, um sie wegzubringen. Ihre Mutter erzählt: „Auch meine Tochter wurde gezwungen, einen Lastwagen zu besteigen. Ich nahm meinen gesamten Mut zusammen und stieg mit einer weiteren Frau in den Lastwagen, in welchem sich meine Tochter befand. Doch wir wurden kurz darauf in einer abgegrenzten Region aus dem Lastwagen gestossen. Seither vermisse ich meine Tochter jeden Tag.“

Die Mutter reichte Beschwerde beim Internationalen Komitee vom Roten Kreuz (IKRK) und der nationalen Menschenrechtskommission ein. Antworten hat sie keine bekommen. Zusätzlich meldete die Mutter das Verschwinden von A. 2012 beim Joseph Camp.³⁷ Fünf Tage später kamen Polizisten bei der Mutter vorbei und zeigten ihr ein Bild der Tochter. Sie behaupteten, sie würden die Tochter suchen.

„Ich bin überzeugt, dass meine Tochter noch am Leben ist“, sagt die 44-jährige Mutter, welche ihre Tochter kurz vor der Präsidentschaftswahl im Januar 2015 auf einem Foto entdeckte, welches auf Propagandamaterial für den jetzigen Präsidenten abgedruckt war. Sie steht auf dem Bild direkt neben Präsident Maithripala Sirisena. Ihre Mutter machte diverse Personen, darunter auch Regierungsmitglieder, darauf aufmerksam – ohne Erfolg. Im August 2015 traf die Mutter Präsident Sirisena in Jaffna, wo sie ihn nach ihrer Tochter fragte und er versprach, sich der Sache anzunehmen. Passiert ist jedoch nichts. Die Mutter führt nun den Protest in Vavuniya an und hat bereits im Januar 2017 einen Hungerstreik initiiert.

³⁷ Militärcamp in Vavuniya, welches berüchtigt für Folterungen ist (vgl.: ITJPSL 2017: Joseph Camp).

Fall B: „Ich habe alles probiert. Ich kann nicht mehr“

Weiblich, gewaltsam Verschwunden am 23. April 2009 mit 18 Jahren

B. erkrankte in der letzten Phase des Bürgerkriegs, worauf sie mit einem Schiff des Roten Kreuzes, so wurde es ihren Angehörigen mitgeteilt, in ein Spital gebracht wurde. Ein einziges und letztes Lebenszeichen erreichte ihre Mutter in Form eines Briefes im September 2009. Ihre Mutter erzählt: „Sie schrieb, dass es ihr gut geht und ich mir keine Sorgen machen soll. Wir werden uns bald wieder sehen. Seither habe ich nichts mehr von ihr gehört.“

Ihre Mutter reichte sowohl Beschwerde bei der nationalen Menschenrechtskommission, der staatlichen Paranagama-Kommission als auch beim IKRK ein. Trotzdem blieben die Fragen nach ihrem Schicksal unbeantwortet. Angesichts der ausbleibenden Antworten muss sich ihre Mutter nicht nur jeden Tag dem Schmerz, sondern auch der fortwährenden Ungewissheit stellen. „Jetzt bin ich müde. Ich habe alles probiert. Ich kann nicht mehr“, sagt die 65-jährige Mutter. Trotzdem beteiligt sie sich am Protest in Mullaithivu.

Fall C: „Ich bleibe Tag und Nacht hier, bis ich endlich eine Antwort bekomme“

Männlich, gewaltsam Verschwunden am 20. April 2009 mit 16 Jahren

Nach einem Bombenangriff der sri-lankischen Armee während der letzten Phase des Krieges, in der Hunderttausende Menschen auf einem kleinen Stück Land zusammengedrückt waren, verlor C. seine Familie. Die Familie wurde vom sri-lankischen Militär aus Mullivaikkal nach Pulmudai in ein Lager gebracht. Seine Mutter erzählt: „Bekannte haben mir gesagt, dass mein Sohn mich sucht. Er habe aber Angst, zu uns zu kommen. Seither habe ich nichts mehr von ihm gehört.“

Seine Mutter reichte sowohl Beschwerde bei der nationalen Menschenrechtskommission, der staatlichen Paranagama-Kommission als auch beim IKRK ein. Allerdings antwortete man seiner Mutter nie auf die Beschwerden, weshalb sie sich entschieden hat, an den Protesten in Mullaithivu teilzunehmen. „Ich möchte meinen Sohn finden. Ich bleibe Tag und Nacht hier, bis ich endlich eine Antwort bekomme“, sagt die 44-jährige Mutter.

Fall D: „Als ich zurückrief, war mein Sohn an der anderen Leitung“
Männlich, gewaltsam Verschwunden am 6. Mai 2009 mit 23 Jahren

D. und seine Familie verliessen Mullivaikkal Ende des Bürgerkrieges und sollten in ein Lager gebracht werden. Beim Verlassen des Kriegsgebietes verloren D. seine Familie bei einem Bombenangriff. Seine Mutter berichtet: „Seither haben wir ihn nie mehr gesehen. Nachdem wir das Lager nach drei Monaten verlassen konnten, haben wir überall nach ihm gesucht.“ Seine Mutter reichte sowohl Beschwerde bei der nationalen Menschenrechtskommission, der staatlichen Paranagama-Kommission als auch beim IKRK ein. Zusätzlich meldete sie das Verschwinden ihres Sohnes 2012 beim Joseph-Camp.

„Ich habe in der Tageszeitung ‚Uthayan‘ das Verschwinden meines Sohnes bekanntgegeben und meine Telefonnummer angegeben“, erzählt die 63-jährige Mutter weiter. Am 2. oder 3. Juli 2011 rief jemand auf ihre Nummer an und sprach in Singhalesisch. Der Anruf wurde jedoch abgebrochen. „Als ich zurückrief, war mein Sohn an der anderen Leitung. Er sagte: ‚Ich weiss nicht, wo ich bin. Ich bin an den Händen gefesselt. Sie geben mir Spritzen‘“, erzählt die Mutter. Um herauszufinden, ob es wirklich ihr Sohn sei, habe sie gefragt, wo seine Schwester sei. Worauf er meinte, dass sie während dem Tsunami gestorben sei und weinte. Daraufhin unterbrach die Leitung erneut und seine Mutter erreichte niemanden mehr auf dieser Telefonnummer. Im März 2017 begann sie mit drei weiteren Frauen den Protest in Marunthankerny, um endlich Informationen zum Verbleib ihres Sohnes zu erhalten. Aus Sicherheitsgründen schlafen sie jedoch nicht auf dem Protestareal.

Fall E: „Ich wurde ganz aufgeregt und fragte, wo sie ist“
Weiblich, gewaltsam Verschwunden am 20. Mai 2009 mit 16 Jahren

E. wurde im März 2009 im Alter von 16 Jahren von der LTTE zwangsrekrutiert und gleich an der Front eingesetzt. Am 20. Mai ergab sie sich dem sri-lankischen Militär. Seither ist sie verschwunden. Ihre Mutter wurde in ein Binnenflüchtlingslager gesteckt. In dieses Lager wurden eines Tages einige Gefangene in einem Bus gebracht. Ihre Mutter berichtet: „Ich ging direkt zum Bus, um meine Tochter zu suchen. Eine junge Frau warf mir ein Stück Papier zu, auf dem stand, dass meine Tochter noch am Leben ist.“

Ihre Mutter reichte sowohl Beschwerde bei der nationalen Menschenrechtskommission, der staatlichen Paranagama-Kommission als auch beim IKRK ein. Zusätzlich meldete ihre Mutter ihr Verschwinden beim Joseph-Camp. „Einmal hat ein Polizist mir ein Foto gezeigt und gefragt, ob ich meine Tochter erkenne. Ich wurde ganz aufgeregt und fragte, wo sie ist“, ergänzt ihre Mutter. Der Polizist meinte, dass er ihr dies jetzt nicht sagen könne, aber er sie bald informieren werde. Danach ging ihre Mutter regelmäßig zum Joseph Camp, um E. zu suchen. Der Polizist wurde später in eine andere Region transferiert und von der Tochter fehlt weiterhin jede Spur. Ihre Mutter gibt jedoch nicht auf und nimmt am Protest in Mullaithivu teil, um endlich mehr über ihren Verbleib zu erfahren.



Protest für Wahrheit, Gerechtigkeit und Wiedergutmachung

Hunderte von tamilischen Frauen protestieren derzeit auf den Strassen im Nord-Osten Sri Lankas. Trotz der heissen Sonne, Schmutz und Staub sind sie jeden Tag auf der Strasse. Auch in der Nacht bleiben sie auf dem Protestareal, wo bissende Mücken und laute Fahrzeuge ihnen den Schlaf rauben.

Aus Frustration über die staatliche Untätigkeit haben Angehörige der gewaltsam Verschwundenen im Frühling 2017 eine Protestbewegung im Norden und Osten Sri Lankas begonnen, die Gebrauch von der Versammlungsfreiheit macht, einer der wenigen greifbaren, wenn auch zerbrechlichen Errungenschaften der neuen Regierung. Der Zweck und das Ziel der Proteste sind unmissverständlich: Endlich Gewissheit über die Schicksale gewaltsam Verschwundener herzustellen. Ausschlaggebend für die Protestwelle ist ein von neun tamilischen Frauen am 23. Januar 2017 in Vavuniya gestarteter Hungerstreik.³⁸ Nach dem Besuch des Staatsministers für Verteidigung, wo den Teilnehmenden eine Unterredung mit hochrangigen Regierungsmitgliedern zugesagt wurde, beendeten sie den Hungerstreik nach vier Tagen.³⁹ Das Treffen blieb jedoch erfolglos.⁴⁰

Die erneute Passivität offizieller Staatsakteure verleitete am 20. Februar 2017 eine Gruppe von tamilischen Frauen in Killinochchi dazu, einen anhaltenden Protest zu starten, bis ihre Forderungen erfüllt werden. Die Protestbeteiligung ist innert Kürze auf ungefähr 1200 Personen angewachsen. Auf dem Protestgelände, das Grundstück eines Hindu-Tempels, finden sich jeden Tag um die 50 bis 200 Personen ein, 20 bis 25 bleiben jeweils auch über Nacht. Lokale Geschäfte zeigen sich solidarisch, in dem sie die Versammelten unter anderem mit Essen versorgen.⁴¹ Am 24. Februar, vier Tage nach dem Protestbeginn in Killinochchi, nahmen auch die Menschen in Vavuniya ihren Protest wieder auf, verzichteten jedoch auf einen weiteren Hungerstreik. Kurz darauf, am 8. März, nahmen sich sowohl tamilische Frauen in Mullaithivu, im Norden, als auch in Trincomalee, im Osten des Landes, ein Beispiel an den Protestbekundungen in Killinochchi und Vavuniya und starteten ihre eigenen Demonstrationen. Sieben Tage später, am

³⁸ Vgl. https://www.nytimes.com/2017/01/26/world/asia/sri-lanka-hunger-strike-missing.html?_r=0 (10.08.2017).

³⁹ Vgl. <http://dailynews.lk/2017/01/27/local/105908/strike-relatives-missing-vavuniya-ends> (13.08.2017).

⁴⁰ Vgl. <http://www.tamilguardian.com/content/families-missing-resume-vavuniya-hunger-strike> (13.08.2017).

⁴¹ Gespräche mit Protestierenden in Killinochchi am 31. März 2017.

15. März, schlossen sich in Maruthankerny auf der Jaffna-Halbinsel weitere Frauen zusammen, um gegen die Untätigkeit der Regierung zu protestieren. Am ersten Versammlungstag überwachten 23 Sicherheitsleute die vier führenden Aktivistinnen schüchterten sie ein und fotografierten sie. Trotzdem kehrten die Frauen am nächsten Tag auf das Protestgelände zurück und machten weiter.⁴²

Obwohl das Ausmass der Überwachung in Maruthankerny seither zurückgegangen ist, sind die Beobachtung und Anwesenheit von Sicherheitspersonal für alle Proteste kennzeichnend. Während den Besuchen bei den Protesten hat ein GfbV-Mitarbeiter mehrmals beobachtet, wie er und die Protestierenden von Personen in zivil fotografiert wurden. Als die Beobachter bemerkt wurden, drehten sie sich um und liefen weg. Weiter berichtet der „Tamil Guardian“ von einem Vorfall, bei dem Militärpersonal einen Journalisten auf dem Weg nach Maruthankerny aufgehalten, eingeschüchtert und zur Umkehr gezwungen hat.⁴³ Weiter wurde eine der führenden Teilnehmerinnen der Proteste in Mullaithivu am 14. August 2017 in der Nacht von zwei unbekanntenen Personen mit dem Tode bedroht. Die beiden Männer schlugen sie und fassten sie an und forderten, sie solle die Bewegung sofort verlassen, sonst drohten ihr schwerwiegende Konsequenzen.⁴⁴

⁴² Besuche der Proteste von GfbV-Mitarbeiter im März/April 2017.

⁴³ Vgl. <http://tamilguardian.com/content/tamil-journalist-harassed-sri-lankan-soldiers-en-route-disappearances-protest> (09.08.2017).

⁴⁴ Vgl. <http://www.jdslanka.org/index.php/news-features/human-rights/702-tamil-woman-activist-campaigning-for-disappeared-threatened-with-death> (16.08.2017).

Forderungen der Protestierenden

Die Protestierenden fordern von der Regierung Sri Lankas

- Offenlegung der Liste der Ergebenen und Verhafteten während und nach dem Krieg, vor allem aber in der letzten Phase des Krieges.⁴⁵
- Offenlegung der Liste aller Insass*innen von geheimen Haftanstalten, welche von den Sicherheitskräften geführt werden.
- Offenlegung der Liste der Inhaftierten unter dem Terrorismuspräventionsgesetz PTA.
- Die personelle Zusammensetzung des „Office for Missing Persons“ OMP muss in Konsultation mit den Betroffenen erfolgen. Dem OMP sollen sowohl unabhängige, internationale Expert*innen als auch Vertreter*innen von Familien gewaltsam Verschwundener angehören.
- Das OMP muss zwingend in den Regionen vertreten sein, in denen Fälle von gewaltsam Verschwundenen aufgetreten sind, also auch im Norden und Osten des Landes.
- Das OMP muss Teil des Prozesses zur Strafverfolgung der Täter*innen sein.

Versprechung des Präsidenten

Am 12. Juni 2017 traf sich der Präsident mit einigen der tamilischen Protestführer*innen, die Sirisena eine Petition mit ihren Forderungen überreichten. Am Ende des Treffens stimmte Sirisena der zeitnahen Veröffentlichung von drei Listen mit erstens den Ergebenen und Verhafteten bei Kriegsende, zweitens den geheimen Haftanstalten und drittens den Inhaftierten unter dem PTA zu. Bis heute hat Sirisena seine Versprechen nicht eingehalten.⁴⁶ Da die Regierung bis anhin die Existenz geheimer Haftanstalten vehement bestreitet,⁴⁷ bestehen starke Zweifel, dass Sirisena seine Versprechungen überhaupt halten wird. Die Proteste der Familien von gewaltsam Verschwundenen gehen indes weiter.

⁴⁵ Während nicht ausgeschlossen werden kann, dass keine vollständigen Listen mit den Namen aller Ergebenen und Verhafteten bei Kriegsende und aller Insass*innen geheimer Haftanstalten existieren, ist die Existenz vergleichbarer Listen bestätigt. So hat unter anderem der General Chanayaka Gunaratna, Vorsteher der 58. Division des sri-lankischen Militärs, in einer Anhörung im Februar 2016 bezeugt, dass das Militär dokumentiert hat, wer sich in den letzten Kriegsmonaten an der Front ergeben hat. (Vgl. <http://www.tamilguardian.com/content/sri-lankan-army-has-list-surrendering-tamils-%E2%80%93-brigadier> (20.08.2017)).

⁴⁶ Vgl. <http://www.tamilguardian.com/content/president-sirisena-must-not-delay-upholding-his-promises-protesting-families-disappeared-any> (08.08.2017).

⁴⁷ Vgl.: <http://www.ft.lk/article/504035/ft> (14.08.2017).

Schlussfolgerungen

Der vorliegende Bericht zeigt, dass die Regierung Sri Lankas bisher keine ernsthaften Bestrebungen gezeigt hat, das Problem der gewaltsam Verschwundenen anzugehen. Sämtliche bisher eingesetzten Kommissionen waren nicht in der Lage, die unzähligen Fälle zu untersuchen. Seit Jahrzehnten ignoriert die Regierung die Opfergemeinschaften, trotz anderslautender Versprechen an die Internationale Gemeinschaft. Obwohl das OMP-Gesetz im August 2016 im Parlament verabschiedet wurde, ist das OMP bis im August 2017 immer noch nicht errichtet worden. Die Aussagen von Regierungsvertretern, dass alle gewaltsam Verschwundenen tot oder im Ausland seien, zeigen, dass Sri Lanka nicht bereit ist, Fälle von gewaltsam Verschwundenen aufzuklären. Aus diesen Gründen ist die Frustration der Verwandten von gewaltsam Verschwundenen sehr verständlich. Der anhaltende Protest auf den Strassen ist ihre einzige Möglichkeit, die Aufmerksamkeit der Regierung und der internationalen Gemeinschaft zu erlangen. Die Regierung ignoriert immer noch ihre Forderungen.

Forderungen der Gesellschaft für bedrohte Völker

Aufgrund der Passivität der Regierung in der Vergangenheit, sich den Fällen von gewaltsam Verschwundenen anzunehmen, ist die GfbV überzeugt, dass dringende Massnahmen erforderlich sind. Sie stellt daher an die sri-lankische Regierung und die internationale Gemeinschaft folgende Forderungen auf:

An die Regierung Sri Lankas:

- Sofortige Erfüllung der Versprechungen an die Protestierenden.
- Erfüllung der weiteren Forderungen der Protestierenden.
- Verabschiedung von gesetzlichen Bestimmungen zur Festlegung des gewaltsamen Verschwindenlassens als Straftat im nationalen Recht.
- Sicherstellung, dass die Opfer, einschliesslich der Familien der Verschwundenen, vollständige und wirksame Wiedergutmachung erlangen.
- Strafrechtliche Ahndung von Tätern von gewaltsam Verschwundenen.
- Sofortige Annullierung des Terrorismuspräventionsgesetzes (PTA) sowie Sicherstellung, dass eine allfällige künftige Gesetzgebung, die das PTA ersetzen soll, internationalen Standards entspricht.
- Freilassung aller politischen Gefangenen.
- Einhaltung aller Menschenrechte, welche die Regierung ratifiziert hat und Umsetzung der Empfehlungen der UNHRC-Resolution 30/1.

An die Internationale Gemeinschaft:

- Die Forderungen der Protestierenden zu unterstützen und insbesondere von der Regierung Sri Lankas die Veröffentlichung der Listen, die Errichtung des OMP, die Einhaltung der Menschenrechte und der Empfehlungen der UNHRC-Resolution 30/1 einzufordern.
- Sri Lanka keine Handelszugeständnisse anzubieten, bis die Forderungen der Protestierenden erfüllt sind und die Menschenrechtssituation sich im Land deutlich verbessert hat.